



Dr. Dr. Frank Wohl
Präsident der Bayerischen
Landeszahnärztekammer

„Drah di ned um ...“ Söder und der Staatskommissar

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

„... der Kommissar geht um!“ – Falcos Hit von 1981 mag Schnee von vorgestern sein. Doch wer glaubte, das Einsetzen eines Staatskommissars im Gesundheitswesen sei Regierungshandeln von gestern, musste sich Anfang 2026 die Augen reiben. Markus Söder hat den Falco-Song neu gecovert.

Auf der Klausur der Landtags-CSU kündigte er an, die ärztliche Versorgung in strukturschwachen Regionen zu verbessern – sinnvoll und notwendig! Doch am Ende eines Diskussionsprozesses mit der Kassenärztlichen Vereinigung könne auch ein staatlicher Eingriff stehen: „Ich wurde auf die Möglichkeit hingewiesen, das vielleicht über einen Staatskommissar zu machen. Das werden wir dann sehen.“ Zack, bumm: Der ärztlichen Selbstverwaltung mal eben einen Satz heiße Ohren verpasst.

Wenn die Regierung mit Eingriffen in die Selbstverwaltung droht, müssen wir Heilberufe zusammenstehen. Wachsamkeit ist geboten: Was ist tatsächlich geplant?

Es muss ja etwas passieren: Die Krankenkassen werden immer klammer, Lücken in der ambulanten Versorgung wachsen. Da kommen aus allen Richtungen Vorstöße: Der Gesundheitsökonom Thomas Gerlinger kritisiert in der „Welt am Sonntag“, dass Versorgung überhaupt von privaten Leistungserbringern getragen wird – mit der Empfehlung, eine Pflegekraft (!) solle entscheiden, ob ein Kranke überhaupt einen Arzt konsultieren darf. Ein Anschlag auf die Versorgungsqualität!

Kurz darauf fordert der CDU-Wirtschaftsrat, die Zahnmedizin komplett aus der GKV zu streichen. Mehr Eigenverantwortung ist richtig, doch diese Forderung verkennt: Mundgesundheit ist Teil der allgemeinen Gesundheit. Erkrankungen von Zähnen und Zahnfleisch stehen in engem Zusammenhang mit Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes und Schwangerschaftskomplikationen. Prävention

und Basisbehandlungen komplett aus der GKV zu streichen, würde die Gesamtgesundheit verschlechtern und langfristig sogar höhere Kosten verursachen – medizinisch wie volkswirtschaftlich ein Fiasko.

Zurück zum „Kommissar“, nicht dem von Söder angedrohten, sondern dem von Falco gerockten: Als der Popsong weltweit die Hitparaden stürmte, lag der Anteil der Zahnmedizin mit Zahntechnik an den GKV-Ausgaben bei über 15 Prozent. Der Krankenkassenbeitragssatz stand bei rund 11 Prozent. Heute liegt die Zahnmedizin bei etwa fünf-einhalb Prozent Ausgabenanteil, der Krankenkassenbeitrag (inklusive Zusatzbeitrag) bei 17,5 Prozent.

Wären die anderen Sektoren des Gesundheitswesens nur ansatzweise so effizient bei Prävention und Kostensparnis wie wir Zahnärzte, müssten die verstörenden und spaltenden Diskussionen um Leistungskürzungen gar nicht geführt werden.

Die Politik sollte überlegen, wie sich die Erfolge der Zahnmedizin auf andere Gesundheitsbereiche übertragen lassen. Gleichzeitig müssen Anreize für Niederlassungen her: Anpassung des GOZ-Punktwertes an die Inflation seit 1988, weniger Bürokratie, mehr Unterstützung bei der Fachkräftegewinnung! Hier ist unsere Staatsregierung schon aktiv. Davor konnten wir uns im Dialog mit der Politik (Seite 6 bis 8) und am BLZK-Stand auf der Berufsbildungsmesse in Nürnberg (Seite 18 und 19) überzeugen.

Hinzu kommt die Infrastruktur: Mobilität, schnelles Internet, Kinderbetreuung. Wie sieht es bei Ihnen vor Ort aus? Sprechen Sie mit den Kandidaten für die Kommunalwahl – und bitte gehen Sie am 8. März zur Wahl!

Ihr